



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM  
DER MINISTER

Staatsministerium · Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart

An den  
Präsidenten des Landtags von  
Baden-Württemberg  
Herrn Peter Straub MdL  
Haus des Landtags  
Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart

Datum 10. März 2009  
Name Matthias Wolf  
Durchwahl 0711 2153-384  
Telefax 0711 2153-510  
Aktenzeichen V-0221.4  
(Bitte bei Antwort angeben)

## Antrag der Abgeordneten BAUER u.a. GRÜNE

- Europäische Bürgerforen 2008 / 2009 zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Europas
- Drucksache 14/4072

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Beantwortung des o.g. Antrags nimmt das Staatsministerium für die Landesregierung wie folgt Stellung:

*zu 1. wie sie die Einrichtung und die bisherigen Ergebnisse des von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Netzwerks „aktion europa“, über das die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland in einen intensiven Dialog über Europa eingebunden werden sollen, im Hinblick auf Intention und Wirkung beurteilt.*

Die „aktion europa“ ist eine von mehreren Maßnahmen der Verwaltungspartnerschaft zwischen der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zur Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit europäischer Themen.

Die Landesregierung unterstützt die Kommunikation europäischer Themen mit eigenen Maßnahmen und fördert ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Europäischen

Kommission und dem Europäischen Parlament die Verbreitung des europäischen Gedankens. Die Landesregierung ist kein unmittelbarer Partner der Aktion Europa und somit auch nicht Veranstalter der Europäischen Bürgerforen, von denen neun in ganz Deutschland und eines in Baden-Württemberg stattgefunden haben.

Die Landesregierung betrachtet diese neun Bürgerforen als eine von sehr vielen Maßnahmen, mit denen die EU Kommission und das EU Parlament dem Ziel nachkommen möchten, Europa partnerschaftlich zu kommunizieren. (Siehe auch: Beschluss des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 über die Annahme der gemeinsamen Erklärung "Europa partnerschaftlich kommunizieren").

Die Landesregierung unternimmt eigene Anstrengungen, die Bürger in diesen Kommunikationsprozess einzubinden. So hat das Land das EU Modellprojekt „VoicE“ zur Kommunikation der Bürger in verbraucherpolitischen Fragestellungen über das Internet erfolgreich implementiert. ([www.bw-voice.de](http://www.bw-voice.de)).

In Verbindung mit der Europawahl gestalten die EU Kommission mit der Regionalvertretung München, die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern und zahlreiche weitere Partner aus der Europafortbildung ein Jugendwahlforum. Jugendliche zwischen 17 und 27 Jahren diskutieren ihre Positionen zu europäischen Themen mit Europa-Abgeordneten bei einer Präsenzveranstaltung am 20. bis 22. März 2009 in Ulm und setzen den Dialog über ein Forum der Landeszentrale für politische Bildung und einen Webblog bis Dezember 2009 fort.

Darüber hinaus sei nur exemplarisch auf ganzjährige Aktivitäten der Ministerien und Behörden im Dialog mit den Bürgern verwiesen, so das jährliche Europa-Netzwerktreffen des Landes in Stuttgart, die Europa Jugendveranstaltung im Landtag, der EU Schulprojekttag, die Europawoche oder aktuell die Aktionskampagne für eine hohe Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen und der Europawahl am 7. Juni 2009 in Zusammenarbeit von Städtetag, Landkreistag, Gemeindetag, Landesregierung und den Trägern der Europainformationsarbeit wie den Europe Direct Einrichtungen in Ba-

den-Württemberg, dem Europa Zentrum Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung. (Mehr dazu unter [www.baden-wuerttemberg.de/europa](http://www.baden-wuerttemberg.de/europa)).

*zu 4. ob ihr die Ergebnisse des einzigen in Baden-Württemberg durchgeführten Bürgerforums am 6. und 7. Februar in Heidelberg bekannt sind, wie sie diese politisch bewertet und welche Schlussfolgerungen für die Landespolitik sie daraus gegebenenfalls zieht;*

Die Ergebnisse und weitere Informationen sind allgemein zugänglich unter [www.buergerforen.de](http://www.buergerforen.de) im Internet einsehbar. Adressat der Erklärung ist die europäische Politik. Seitens der Veranstalter heißt es: „Ziel der Bürgerforen ist es, Europa vor Ort erfahrbar zu machen, einen Bezug zwischen „Europa“ und der Lebenswirklichkeit der Menschen herzustellen sowie den Austausch zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern zu intensivieren.“ Dieses Anliegen wird, wie in der Beantwortung der Frage 1 dargestellt, von der Landesregierung unterstützt.

Es gilt allerdings zu beachten, dass in einer repräsentativen Demokratie den Parlamenten eine besondere Verantwortung in der Kommunikation mit den Bürgern zuwächst. Es ist deshalb dafür zu sorgen, dass Abgeordnete in diesen Prozess eingebunden sind. Beim Bürgerforum in Heidelberg war dies der Fall.

*zu 2, 3 und 5. nach welchen Kriterien und auf Grundlage welchen Verfahrens die insgesamt neun deutschen Städte, die an den von der Bundesregierung, der EU Kommission und dem Europäischen Parlament veranstalteten Bürgerforen im Rahmen der Aktion Europa teilgenommen haben, ausgewählt wurden;*

*wie die Themenauswahl der Bürgerforen - Sozialstandards, Migration und Chancengleichheit sowie Klima, Energie und Umwelt - zustande gekommen ist und sie aus ihrer Sicht die Zukunftsthemen der europäischen Integration abdeckt.*

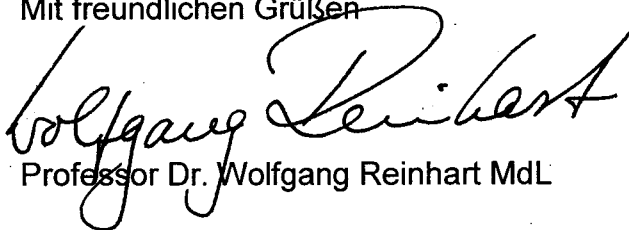
*inwieweit sichergestellt ist, dass bei der geplanten nationalen Bürgerkonferenz in Berlin Ende März auch Politiker aus Baden-Württemberg vertreten sind.*

Die Europäischen Bürgerforen 2008/ 2009 finden zum Thema „Die wirtschaftliche und soziale Zukunft Europas“ statt. Die dazu gebildeten Themenblöcke Klima und Umwelt, Migration und Chancengleichheit sowie Sozialstandards gehören aus Sicht der Landesregierung zu den Zukunftsthemen der EU, die entsprechend dem Ziel der Foren den größten Bezug zur Lebenswirklichkeit der Bürger haben.

Daneben gibt es weitere Zukunftsthemen der europäischen Integration wie die Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Finanzmarktregulierung und -aufsicht, die Reform der EU durch den Vertrag von Lissabon, die Zukunft des EU-Haushalts und der EU-Kohäsionspolitik, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen sowie die EU-Erweiterung.

Das Auswärtige Amt hat im Übrigen dazu mitgeteilt, dass Fragen zur Organisation, der Themenwahl und dem Einladungsprotokoll gerne durch den Veranstalter Auswärtiges Amt direkt - nicht aber im Rahmen der Beantwortung eines Antrags an die Landesregierung - beantwortet werden können. Es wurde zudem auf die umfangreichen Darstellungen unter [www.buergerforen.de](http://www.buergerforen.de) und [www.aktion-europa.de](http://www.aktion-europa.de) verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen



Professor Dr. Wolfgang Reinhart MdL